

Niederschrift

über die 16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Mittwoch, 13.11.2024 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Carsten Wannhof SPD

stell. Vorsitz

Herr Tristan Zeitter CDU

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 a) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Fabian Filatov	CDU	
Herr Christian Schimang	CDU	
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD	
Frau Cornelia Geißler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Sibylle Owsianowski	AfD	für Frau Prof. Dr Haupt
Herr Luca Gerbl	FDP	für Herrn Hoppe

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 b) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Janes Delcuve	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Ute Lipke	SKFM
Frau Malin Schmidt	SPE Mühle

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Michael Hirsch-Herda	Jugendamtselternbeirat Hilden	
Herr Jürgen Scholz	Katholische Kirchengemeinde	
Frau Christiane Gierke	Schulleitung Grundschule Am Elbsee	
Herr Julius Buschmann	Jugendparlament	
Herr Oliver Kohl	Allianz für Hilden	für Frau Richarz
Herr Ulrich Siedentop	BÜRGERAKTION	
Frau Heike Bendorf	Kindertagespflegepersonen	für Frau von der Heiden

Beiräte

Frau Sabine Anna Roth Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Catharina Giesler	Stadt Hilden
Herr Sascha Göbeler	Stadt Hilden
Herr Andreas Kante	Stadt Hilden
Frau Anna Maurer	Stadt Hilden
Frau Sonja Ockenfeld	Stadt Hilden
Frau Nicole Pattio	Stadt Hilden
Frau Ute Piegeler	Stadt Hilden
Herr Dirk Schatte	Stadt Hilden
Frau Stefanie Walder	Stadt Hilden

zur Information

Frau Dr. Maren Aktas	Kinderschutzbund e.V.	für Frau Lichtenwimmer
----------------------	-----------------------	------------------------

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses, Stand: Oktober 2024
WP 20-25 SV 50/083
- 3 Auswertung der Sozialreporte der Stadt Hilden unter Einbeziehung der Controlling Berichte
-wurde von der Tagesordnung abgesetzt-
WP 20-25 SV III/067
- 4 Sozialreport Stadt Hilden November 2024
WP 20-25 SV III/068
- 5 Zukunft des Area 51
WP 20-25 SV III/072
- 6 Konzeptarbeit in den Schulbetreuungssystemen
WP 20-25 SV 40/042
- 7 BeratungsApp "Between the Lines"
WP 20-25 SV 40/043
- 8 Sachstand Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit in den städtischen Kindertagesstätten
WP 20-25 SV 10/065
- 9 Fachdienst Beistandschaften - Aufgaben und Sachstandsbericht 2023
WP 20-25 SV 50/073/1
- 10 Haushalt 2025
- 10.1 Beratung des Entwurfs des Haushalts 2025: Änderung von Ansätzen der Verwaltung - Jugendhilfeausschuss
WP 20-25 SV 20/210
- 10.2 Antrag Nr. 2025_07 - SPD - Neukonzeption des Hildener Spielmobils
WP 20-25 SV 40/046
- 10.3 Antrag Nr. 2025_08 - SPD - Jugendverbandsarbeit
WP 20-25 SV 40/047
- 10.4 Antrag Nr. 2025_10 - Bündnis 90_Die Grünen - Erhalt des Spielmobils in bisherigem Leistungsumfang
WP 20-25 SV 40/048

- 10.5 Antrag Nr. 2025_11 - Bündnis 90_Die Grünen - Kürzungen Förderung von Kindern und Jugendlichen
WP 20-25 SV 40/049
- 10.6 Antrag Nr. 2025_12 - Bündnis 90_Die Grünen - Übergangsbegleitung Kita - Grundschule
WP 20-25 SV 40/045
- 11 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 12 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Rm Wannhof/SPD eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass alle Unterlagen zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

1. Beigeordneter Eichner informierte, dass die Verwaltung den Tagesordnungspunkt 3 „Auswertung der Sozialreporte der Stadt Hilden unter Einbeziehung der Controlling Berichte“ aufgrund einiger interner Rückfragen von der Tagesordnung genommen habe. Des Weiteren wies er darauf hin, dass der Behindertenbeirat Stellungnahmen abgegeben habe und diese durch das Bürgermeisterbüro weitergeleitet wurden.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen verkündete, dass ihre Fraktion eine gemeinsame Abstimmung und Beratung der Tagesordnungspunkte 10.2 „Antrag Nr. 2025_07 - SPD - Neukonzeption des Hildener Spielmobils“ und TOP 10.4 „Antrag Nr. 2025_10 - Bündnis 90_Die Grünen - Erhalt des Spielmobils in bisherigem Leistungsumfang“ wünsche.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmten den Änderungen zur Tagesordnung zu. Weitere Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand zu Wort.

1 Befangenheitserklärungen

Es erklärte sich niemand für befangen.

2	Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses, Stand: Oktober 2024	WP 20-25 SV 50/083
---	--	-----------------------

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

3	Auswertung der Sozialreporte der Stadt Hilden unter Einbeziehung der Controlling Berichte -wurde von der Tagesordnung abgesetzt-	WP 20-25 SV III/067
---	--	------------------------

Der Tagesordnungspunkt wurde unter „Änderung zur Tagesordnung“ abgesetzt.

4	Sozialreport Stadt Hilden November 2024	WP 20-25 SV III/068
---	---	------------------------

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen wies darauf hin, dass die Stadt Hilden eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur brauche und dass es wichtig sei, junge Familien nach Hilden zu ziehen und in Hilden zu behalten. Dementsprechend solle ihrer Meinung nach die in dieser Sitzung zu treffenden Entscheidung ausfallen.

1. Beigeordneter Eichner sagte zur Einführen ein paar Worte zum Inhalt der Sitzungsvorlage und übergab das Wort an Herrn Schatte/Verwaltung, welcher seinen Vortrag zum Thema „Demographische Daten zur Bevölkerungsentwicklung in Hilden und Handlungsempfehlungen“ präsentierte.

S.B. Siedentop/BA nahm Bezug auf den Tagesordnungspunkt 3 „Auswertung der Sozialreporte der Stadt Hilden unter Einbeziehung der Controlling Berichte“ und äußerte, dass die Auswertungen hinsichtlich der Haushaltsberatung wichtig seien und bat, dass der Controllingreport den Fraktionen vor Abschluss der Haushaltsberatung zur Verfügung gestellt werde.

1. Beigeordneter Eichner erklärte, dass der Controllingbericht ein fortlaufender Bericht sei, über den die Verwaltung regelmäßig informiere und diesen zur Verfügung stelle. Des Weiteren informierte er, dass der Controllingbericht aktuell keine relevanten Aussagen zur Haushaltssituation ausweise.

Anmerkung der Schriftführung:

Der Vortrag zum Thema „Demographische Daten zur Bevölkerungsentwicklung in Hilden und Handlungsempfehlungen“ ist als Anlage beigefügt und somit Bestandteil dieser Niederschrift.

Nach Vorberatung im Sozialausschuss nahm der Jugendhilfeausschuss den Sozialreport der Stadt Hilden vom November 2024 zur Kenntnis.

5	Zukunft des Area 51	WP 20-25 SV III/072
---	---------------------	------------------------

1. Beigeordneter Eichner erläuterte einfürend, dass die Sitzungsvorlage „Zukunft des AREA 51“ zunächst eine Ideensammlung sei. Er informierte, dass das AREA 51 schon immer ein Jugendkulturzentrums war und seit einigen Jahren im Zuge der Schaffung einer Gesamtkonzeption der kulturellen Bildung auch als Doppelnutzung fungiere, zum einen als Jugendförderung mit einem offenen Treff und zum anderen als Neuausrichtung hinsichtlich der kulturellen Bildung. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung war die Verwaltung gezwungen, Einsparungen vorzunehmen und Schwerpunkte zu setzen. Der Schwerpunkt hier werde in Zukunft die kulturelle Bildung sein. Demnach werde es An-

sprechpartner vor Ort sowohl für die Jugendförderung, allerdings nicht mehr in Form eines wochentäglichen offenen Treffs, als auch für die kulturelle Bildung geben. Das Spielmobil solle zunächst dort stationär agieren, bis der Weidenweg für diese Nutzung ebenfalls wieder zur Verfügung stehe. Des Weiteren merkte er an, dass Veranstaltungen jeglicher Art vordergründig nicht mehr im Erwachsenenbereich, sondern im Kinder- und Jugendbereich stattfinden werden. Außerdem werde das AREA 51 als Ersatz für den Bürgertreff Lortzingstraße fungieren.

Rm Zeitter/CDU äußerte, dass seine Fraktion die Streichung des Offenen Treffs bedauere und wollte wissen, ob noch weitere Änderungen vorgenommen werden. Des Weiteren fragte er, ob durch den Standortwechsel von der Lortzingstraße zum AREA 51 andere Kosten erwartet werden. Außerdem befürchte er durch diesen Vorschlag den langsamen Abbau der Jugendarbeit

1. Beigeordneter Eichner erwiderte, dass der Offene Treff weiterhin eingeschränkt stattfinden werde. Des Weiteren kündigte er an, dass es in Zukunft dort auch keine Ferienangebote mehr geben werde, sondern nur noch die Ferienbetreuung der OGATA in Anspruch genommen werden könne, diese stehe jedoch laut Satzung jeder Familie zur Verfügung. Zum Bürgertreff Lortzingstraße könne er momentan noch keine konkrete Auskunft geben.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen hatte den Eindruck, dass das Jugendzentrum zweimal die Woche geöffnet werden solle, was sie an der qualitativ guten Ausführung der Angebote bezweifeln lasse. Ihrer Ansicht nach wirke die Umstrukturierung wie eine "Quadratur des Kreises". Sie fragte, wofür das Jugendzentrum genau geöffnet werden solle und wofür die 12-Stunden Kraft zur Verfügung stehen werde. Des Weiteren deutete sie auf einen Zeitungsartikel hin, welcher auf Sponsoren verweise, die die Jugendarbeit unterstützen wollen und wollte wissen, was mit diesen Spenden abgedeckt werde.

1. Beigeordneter Eichner bestätigte die Aussage und verwies darauf, dass der Erhalt der Einrichtung die große Herausforderung im Zuge der Haushaltskonsolidierung sei und auch weiterhin sein werde. Außerdem teilte er mit, dass die Turnhalle am Weidenweg im Spätsommer/Frühherbst 2025 wieder für den Vereins- sowie Schulsport zur Verfügung stehen werde.

Frau Piegeler/Verwaltung erläuterte, dass bei der Ausarbeitung der Ideen der Erhalt aller Einrichtungen wie AREA, Campus und Weidenweg dem Fachamt wichtig gewesen sei. Des Weiteren gehe die Verwaltung davon aus, dass mit dem Erhalt der AREA 51 und der Kombination mit Kultur und diversen Sport- und Bewegungsangeboten, attraktive Vorschläge geschaffen werden können, welche von verschiedenen Alters- und Interessengruppen genutzt werden.

Rm Kohl/Allianz bedankte sich bei allen Beteiligten, die angesichts der Einsparungsmaßnahmen diese Ideensammlung ausgearbeitet haben und begrüßte die Vorschläge.

S.B. Siedentop/BA fragte nach, ob die Offenen Treffs auch zentrumnah eingerichtet werden können, damit die Jugendlichen und Kinder diese gut erreichen können. Er schlug vor, da das AREA 51 nur noch eine Teilzeitöffnung anbiete, das Personal in das evangelische Jugendzentrum umzusetzen, damit ein erweitertes Angebot für die Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden könne.

1. Beigeordneter Eichner verwies auf den Offenen Treff in der Einrichtung im Stadtzentrum Am Holterhöfchen, auf das Jugendhaus der evangelischen Kirche sowie die SPE Mühle. Des Weiteren erklärte er, dass das Personal nicht anderweitig eingesetzt werden könne, da die Stelle im Zuge der Haushaltskonsolidierung gestrichen wurde.

Frau Schmidt/SPE Mühle äußerte, dass eine verlässliche und offene Tür mit ordentlichen Öffnungszeiten für Kinder und Jugendliche beizubehalten wichtig sei. Sie bekundete außerdem ihre Besorgnis im Bereich der offenen Türen Stellen zu streichen.

Herr Buschmann/Jugendparlament teilte mit, dass das Jugendparlament diese Mitteilung zur Kennt-

nis nahm und ergänzte, dass der Jugendtreff weiterhin sehr gewünscht sei. Er appellierte an die Politik diese Möglichkeit für die Jugendlichen zu gewährleisten und bedaure die Streichung der Stelle.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Zukunft des AREA 51 zur Kenntnis.

6 Konzeptarbeit in den Schulbetreuungssystemen

WP 20-25 SV
40/042

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen fragte, ob auch ein Schutzkonzept für behinderte Kinder und Jugendliche vorliege.

Frau Giesler/Verwaltung erwiderte, dass hinsichtlich des Schutzkonzeptes auch an behinderte Jugendliche und Kinder gedacht werde und diese miteinbezogen werden.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7 BeratungsApp "Between the Lines"

WP 20-25 SV
40/043

Rm Zeitter/CDU merkte an, dass seine Fraktion gegen eine Weiterführung der BeratungsApp sei und dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen werde. Er wollte wissen, ob die erweiterte Analyse mit zusätzlichen Kosten verbunden sei.

Rm Bauer/SPD teilte mit, dass ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag folgen werde. Sie bat, das Thema „mentale Gesundheit“ weiterhin zu unterstützen.

Herr Buschmann/Jugendparlament äußerte, dass das Jugendparlament die BeratungsApp nicht weiter befürworten werde.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen und Rm Kohl/Allianz äußerten sich ebenfalls kritisch hinsichtlich einer Weiterführung der BeratungsApp und befürworteten den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Frau Giesler/Verwaltung antwortete, dass die Analyse Bestandteil des Vertrages sei.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die „Between The Lines“ gGmbH aufzufordern, den Stichtag für die Vorlage der quantitativen und qualitativen Wirksamkeitsanalyse auf den 31. Januar 2025 vorzuverlegen.

Dies ermöglicht eine fundierte Entscheidung über eine mögliche Vertragsverlängerung mit der „Between The Lines“ gGmbH unter Berücksichtigung der Haushaltslage im März 2025 (Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.03.2025), der dann vorgelegten Wirksamkeitsanalyse und der Stellungnahme des Jugendparlaments.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen wies auf die hohe Anzahl der psychischen und körperlichen Belastungen der Mitarbeitenden hin und fragte, ob auch diese Art der Belastung abgeprüft werde.

Frau Piegeler/Verwaltung erwiderte, dass sich für die formalen Dinge der Arbeitsschutzbeauftragte mit der Personalverwaltung abstimme, die psychische Gesundheit und Belastung obliege dem pädagogischen Bereich, was auch sehr intensiv bearbeitet und auch ernst genommen werde. Sie kündigte weiterhin an, dass in der nächsten Beratungsvorlage zur Kitabedarfsanalyse in der Rubrik Qualität auch die psychische Gesundheit der Mitarbeitenden behandelt wird.

Rm Kohl/Allianz äußerte seine Bedenken, dass die Begehungen des Arbeitsschutzes tatsächlich zum ersten Mal im Jahr 2023 durchgeführt wurden und diverse Mängel bis dahin nicht aufgefallen seien. Er wollte außerdem wissen, ob diese Begehungen zukünftig regelmäßig stattfinden werden.

Frau Piegeler/Verwaltung merkte an, dass sie erst seit 2023 die Amtsleitung für dieses Amt übernommen habe und sie darüber informiert wurde, dass seit 2022/23 ein Unternehmen beauftragt wurde, welches die Begehungen regelmäßig durchführe und das Thema Arbeitsschutz aufarbeite.

S.B. Siedentop/BA fragte, ob die in der Vorlage genannten Mängel, die seit 2023 bekannt seien, mittlerweile beseitigt wurden.

Frau Piegeler/Verwaltung bestätigte die weitgehende Behebung der Mängel.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

Rm Zeitter/CDU nahm Bezug auf die Mitteilungsvorlage Seite 3 und fragte wie es zu dem Anstieg der Fallzahlen von 2019 bis 2023 kam. Er bat die Verwaltung um Erklärung. Des Weiteren ergab sich die Frage, wie die Verwaltung mit weniger Personal mehr Fälle bearbeiten könne, was auf Seite 4 der Sitzungsvorlage „Personaleinsatz“ dargelegt werde.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen trug vor, dass es auch säumige Väter gebe, die kein Unterhalt zahlen und fragte, ob genügend Personal im Bereich der Beistandschaft vorhanden sei, um die vorausgezahlten Gelder wieder einzutreiben.

1. Beigeordneter Eichner antwortete, dass sich die Zahlen/Daten/Angaben vermutlich durch die Coronasituation erklären lassen. Dennoch sei der Verwaltung diesbezüglich keine genaue Begründung bekannt.

Anmerkung der Schriftführung:

Folgende Stellungnahmen wurde im Nachgang eingereicht:

„Die genauen Gründe zur Fallzahlsteigerung sind nicht erfasst. Während Corona hat vielfach nur eine Beratung stattgefunden. Die nachfolgenden Gründe werden vermutet

- *Mehr Trennungen nach Corona*
- *Reduzierung der Unterhaltszahlungen, mehr Mangelfälle, verminderte Leistungsfähigkeit des Schuldners durch*
 - *Anhebung der Pfändungsfreigrenzen*

○Energiekrise/ steigenden Lebenshaltungskosten

Hinsichtlich des Personaleinsatzes ist die Sitzungsvorlage tatsächlich missverständlich, weil es zum genannten Zeitpunkt temporär einen Personalüberhang gab. Der aktuell dargestellte Personaleinsatz wird seitens der Verwaltung für die aktuellen Fallzahlen als auskömmlich betrachtet.

Die Beistandschaft prüft die Zahlungsfähigkeit, setzt die Höhe fest. Unterhaltsberechtigte haben die Möglichkeit im Rahmen einer Beistandschaft den Unterhaltspflichtigen aufzufordern, den festgesetzten/-gelegten Unterhalt an die Stadt Hilden zu zahlen. Diese werden als Mündelgelder eingenommen. Es handelt sich demnach nicht um „vorausgezahlte Gelder“, vielmehr sind Mündelgelder „durchlaufende Posten“. Sofern für das Kind Transferleistungen fließen, verteilt die Beistandschaft auch weiter an die UVG-Kasse und/oder an das Jobcenter.“

Der Sozialausschuss vom 20.06.2024 und der Jugendhilfeausschuss nahmen den Bericht über den „Fachdienst Beistandschaften“ - .Aufgaben und Sachstand 2023 zur Kenntnis.

10 Haushalt 2025

10.1 Beratung des Entwurfs des Haushalts 2025: Änderung von Ansätzen der Verwaltung - Jugendhilfeausschuss	WP 20-25 SV 20/210
--	-----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen zu beschließen, die in der Anlage beigefügten Änderungen in den Haushalt 2025 aufzunehmen und dem Rat zum Satzungsbeschluss für den Haushalt 2025 vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

10.2 Antrag Nr. 2025_07 - SPD - Neukonzeption des Hildener Spielmobils	WP 20-25 SV 40/046
--	-----------------------

Über die Tagesordnungspunkte 10.2 „Antrag Nr. 2025_07 - SPD - Neukonzeption des Hildener Spielmobils“ und TOP 10.4 „Antrag Nr. 2025_10 - Bündnis 90/Die Grünen - Erhalt des Spielmobils in bisherigem Leistungsumfang“ wurde gemeinsam beraten und abgestimmt.

Rm Bauer/SPD und Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen erläuterten den Antrag ihrer Fraktionen. Sie setzten sich explizit für die Mobilität des Spielmobils ein. Das Spielmobil solle vor allem an Plätzen zum Einsatz kommen, wo der Bedarf an Spielmöglichkeiten gering oder unzureichend sei. Ebenso solle dem Ausschuss mitgeteilt werden, wie und wofür die Spenden zukünftig eingesetzt werden sollen.

1. Beigeordneter Eichner teilte mit, dass die Möglichkeit, auf Spenden zurückzugreifen, im Laufe der Erstellungsphase der vorliegenden Sitzungsvorlage nicht in Betracht gezogen werden konnte. Aus rechtlicher Position müsse die Verwaltung sich hier auch absichern und differenzieren, was als Spende, Zuwendung oder Sponsoring zugewiesen werden könne und wofür die Gelder letztendlich eingesetzt werden dürfen. Der Bürgermeister habe sich zum Ziel gesetzt, die nächsten 3 bis 4 Jahre Spenden einzuwerben. Bisher habe es nur mündliche Zusagen gegeben. Spenden dürfe die Verwaltung nur sachgerecht verwenden und somit seien Kosten wie hauptberufliche Arbeitskräfte ausgeschlossen.

Rm Zeitter/CDU teilte mit, dass seine Fraktion das Konzept des stationären Einsatzes des Spielmobils im AREA 51 und am Weidenweg für sinnvoll erachte. Da nun die Sicherung des Spielmobils durch eventuelle Spenden gesichert werden könne, werde seine Fraktion weder dem Antrag der SPD-Fraktion, noch dem Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen.

Herr Hirsch-Herda/Jugendamtseaternbeirat wies darauf hin, dass das Spielmobil durch seine Mobilität und nicht durch seine stationären Mittelpunkte benötigt werde. Es sei eine Form der Integration, dass das Spielmobil auch zu den Kitas komme. Er fragte die Verwaltung, ob der Einsatz der Elternschaft hilfreich wäre, um eine Mobilität wieder möglich zu machen. Der Jugendamtseaternbeirat würde gerne den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützen, sei aber auch bereit, den SPD-Antrag zu befürworten.

Vorsitzender Rm Wannhof/SPD erklärte, dass im heutigen Ausschuss nicht beschlossen werden könne, eine Aufgabe an eine noch nicht bekannte Anzahl von Personen zu übertragen. Er fragte die Verwaltung, welche zukünftig vorgesehenen finanziellen Aufwendungen für das Spielmobil geplant seien.

Frau Piegeler/Verwaltung antwortete, dass aktuell vorgesehen sei, die Personalkosten in Form von Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagogen*innen, Gerätschaften zu hegen, pflegen und zu ersetzen durch die Stadt Hilden finanziert werden soll. Die Wartung des Fahrzeuges und der Unterhalt sowie mobile Einsätze sollen zukünftig über die Verwendung der Spendengelder erfolgen. Daher habe die Verwaltung im Zuge der Haushaltskonsolidierung die Streichung von Personalkosten für Honorarkräfte sowie die Streichung der Finanzierung von Unterhaltskosten wie z.B. Versicherung, Wartung, Reparaturen und Steuern vorgenommen. Die mobilen Einsätze können somit nur durch Spenden finanziert werden.

Herr Hirsch-Herda/Jugendamtseaternbeirat hinterfragte die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges, welches mit 100.000 Euro angesetzt wurde. Er wollte wissen, ob diese Investition noch relevant sei und was die Verwaltung dahingehend nun vorhabe. Des Weiteren sei das Beladen und Entladen des Spielmobils mit einem großen personellen Aufwand verbunden. Daher schlug er vor, dass diese Aufgaben durch die Elternschaft, im Zuge eines Ehrenamtes übernommen werden könnten, sodass die Mobilität des Spielmobil nicht eingeschränkt werden müsse.

1. Beigeordneter Eichner sagte, dass der Betriebshof turnusgemäß ein neues Fahrzeug auf den Weg gebracht habe, was sich allerdings mit der Neukonzeptionierung der heutigen Sitzungsvorlage überschneiden habe.

Rm Gronemeyer/ Bündnis 90/Die Grünen stellte fest, dass das Fahrzeug nicht ersetzt werde, sodass hierfür erstmal keine Kosten anfallen werden. Voraussichtlich stehen der Verwaltung 30.000 Euro jährlich zur Verfügung, um die Unterhaltung des Spielmobils zu gewährleisten. Schlussfolgernd sei ein stationärer Einsatz des Spielmobils somit nicht notwendig.

Frau Piegeler/Verwaltung hatte in der Vergangenheit bereits angekündigt, dass das AREA 51 sowie der Weidenweg als Angebotsstruktur erhalten bleiben sollen. In der Konzeption der Verwaltung sei vorgesehen, das Spiel- und Bewegungsangebot dort auszuführen, um die Personalressourcen vor Ort durch zielgerichteten Einsatz bei Wegfall der Fahrzeit und erheblicher Reduzierung von Be- und Entladezeiten (verbunden mit weiterem Personalbedarf) in verlässliche Öffnungszeiten umzuwandeln. Vor Ort seien dann zwei Mitarbeitende, die verschiedene Angebote zur Verfügung stellen, so dass dann mit diesen Mitarbeitenden eine Öffnung der Häuser gut möglich sei.

Frau Schmidt/SPE Mühle wies darauf hin, dass es ein großer Verlust für die Menschen sei, die nicht die Möglichkeiten einer Anreise haben. Somit sei es eine Einschränkung und Benachteiligung für diese Zielgruppe.

1. Beigeordneter Eichner erklärte, dass die Verwaltung einen Vorschlag zur Neukonzeptionierung

eingereicht habe, welche 1,5 Stellen einsparen werde. Ebenso habe die Verwaltung auch die Streichung der Übergangsbegleitung Kita/Grundschule vorgesehen. Die Beibehaltung aller bisherigen Angebote der Jugendförderung sei unter der aktuellen Haushaltslage nicht mehr möglich.

Antragstext der SPD-Fraktion:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Angebot des Spielmobils weiterhin aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig soll ein neues Konzept für das Spielmobil erarbeitet werden, das an die aktuellen Bedarfe sowie Gegebenheiten angepasst ist und das Angebot künftig kosteneffizienter gestaltet.

Bis zur Fertigstellung des Konzepts sollen die Einsparungen im Produkt 060201 für Übungsleiter des Spielmobils vorerst nur zu 50 Prozent und somit in Höhe von 12.625 Euro realisiert werden.

Antragstext der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Produkt „Spielmobil“ keine Kürzungen vorzunehmen.

Die Aufwendungen aus dem Jahr 2024 sind ungekürzt in den folgenden Jahren fortzuführen. Die Anschaffung des neuen Fahrzeuges für das Spielmobil (Investitionsnummer IO 68260015) sind wie in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2027 vorgesehen beizubehalten.

Falls eine vorzeitige Beschaffung des Fahrzeuges notwendig wird, um den Betrieb des Spielmobils aufrecht zu erhalten ist die Beschaffung vorzuziehen.

Das Spielmobil soll auch weiterhin als mobiles Angebot für alle Kinder im gesamten Stadtgebiet im bisherigen Umfang zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis Antrag SPD-Fraktion:

Mehrheitlich beschlossen bei 5 Nein-Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und AfD.

Abstimmungsergebnis Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mehrheitlich abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und 5 Enthaltungen der SPD-Fraktion, des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, des SKFM und der SPE Mühle.

10.3 Antrag Nr. 2025_08 - SPD - Jugendverbandsarbeit

WP 20-25 SV
40/047

Antragstext:

Die von der Verwaltung angestrebte Einsparung im Produkt 060107, Sachkonto 531850 Jugendverbandsarbeit wird nicht durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmengleichheit abgelehnt mit 5 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen und des Trägers SKFM, 5 Nein-Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und AfD sowie 2 Enthaltungen der Träger Paritätischer Wohlfahrtsverband und SPE Mühle.

10.4 Antrag Nr. 2025_10 - Bündnis 90_Die Grünen - Erhalt des Spielmobils in bisherigem Leistungsumfang

WP 20-25 SV
40/048

Über den Tagesordnungspunkt 10.4 „Antrag Nr. 2025_10 - Bündnis 90_Die Grünen - Erhalt des Spielmobils in bisherigem Leistungsumfang“ wurde in TOP 10.2 „Antrag Nr. 2025_07 - SPD - Neukonzeption des Hildener Spielmobils“ gemeinsam beraten und abgestimmt.

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Produkt „Spielmobil“ keine Kürzungen vorzunehmen.

Die Aufwendungen aus dem Jahr 2024 sind ungekürzt in den folgenden Jahren fortzuführen. Die Anschaffung des neuen Fahrzeuges für das Spielmobil (Investitionsnummer IO 68260015) sind wie in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2027 vorgesehen beizubehalten. Falls eine vorzeitige Beschaffung des Fahrzeuges notwendig wird, um den Betrieb des Spielmobiles aufrecht zu erhalten ist die Beschaffung vorzuziehen.

Das Spielmobil soll auch weiterhin als mobiles Angebot für alle Kinder im gesamten Stadtgebiet im bisherigen Umfang zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mehrheitlich abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und 5 Enthaltungen der SPD-Fraktion, dem Paritätischer Wohlfahrtsverband, dem SKFM und der SPE Mühle.

10.5 Antrag Nr. 2025_11 - Bündnis 90_Die Grünen - Kürzungen Förderung von Kindern und Jugendlichen

WP 20-25 SV
40/049

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen erläuterte den Antrag ihrer Fraktion.

Rm Bauer/SPD sagte, dass ihre Fraktion sich mit den einzelnen Produkten auseinandergesetzt habe und das die Einsparungen nicht das Ende der Ferienmaßnahmen bedeuten werde. Daher werde ihre Fraktion gegen den Antrag stimmen, da die Einsparmaßnahmen keine negativen Auswirkungen auf die Angebote haben werden.

1. Beigeordneter Eichner sagte, dass die Verwaltung der Auffassung sei, dass die Ferienmaßnahmen anders abgedeckt werden können z.B. durch die OGATA (Offene Ganztagsschule (OGS)). Auch hier können Eltern ihre Kinder zu einem Angebot anmelden, obwohl diese in der Schulzeit keine Betreuung benötigen. Dies sei in der Elternbeitragssatzung so festgelegt.

Rm Zeitter/CDU teilte mit, dass seine Fraktion allen Produkten, welche das AREA 51 betreffen, zustimmen werden. Dies betreffe die Punkte 1-8 und 10 und beantragte eine getrennte Abstimmung.

Frau Piegeler/Verwaltung erläuterte, dass Ferienangebote im AREA 51, am Abenteuerspielplatz und am Weidenweg zur Verfügung gestellt wurden. Diese seien in einer Zeile des Haushaltes zusammengeführt worden. Diese 3 Ferienmaßnahmenpakete seien außerhalb der Schulen benannt.

Rm Roth/Behindertenbeirat bezog sich auf die einzige inklusive Ferienmaßnahme in Hilden, die auf dem Abenteuerspielplatz der Freizeitgemeinschaft angeboten wurde. Durch die Auflösung der Freizeitgemeinschaft stehe nun kein Ferienangebot zur Verfügung. Ebenso sei der Bedarf an Ferienbetreuung auch über die Schulbetreuungszeit der OGS hinaus notwendig.

Vorsitzender Rm Wannhof/SPD wies darauf hin, dass der Stellenanteil in der Maßnahme 10 "Einsparung von Stellenanteilen Haushaltsjahr 2025 - 2028" auf eine Stellenkürzung reduziert werden solle. Dies entspreche einem Betrag in Höhe von 51.350 Euro. Der Antragstext sei dementsprechend anzupassen.

Geänderter Antragstext:**Keine Konsolidierungsmaßnahmen für die Maßnahmen:**

1. Maßnahme: Reduzierung Verwaltung und Betriebsausgaben Haushaltsjahr 2025 - 2028:
Zeile 16: -6.000 €

2. Maßnahme: Reduzierung Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Haushaltsjahr 2025 - 2028:
Zeile 13: -7.200 €
3. Maßnahme: Ferienmaßnahmen - Dienstleistungen Haushaltsjahr 2025 - 2028:
Zeile 13: -10.000 €
4. Maßnahme: Ferienmaßnahmen - Sachmittel Haushaltsjahr 2025 - 2028:
Zeile 13: -5.000 €
5. Maßnahme: Ferienmaßnahmen - Lebensmittel Haushaltsjahr 2025 - 2028:
Zeile 13: -5.000 €
6. Maßnahme: Konzerte Area 51 Haushaltsjahr 2025 - 2028:
Zeile 13: -28.000 €
7. Maßnahme: Area 51 - Reduzierung Dienstleistungen Haushaltsjahr 2025 - 2028:
Zeile 13: -5.600 €
8. Maßnahme: Area 51 - Reduzierung Sachkosten Haushaltsjahr 2025 - 2028:
Zeile 13: -5.000 €
- ~~9. Maßnahme: Projekt Elterntaxi Haushaltsjahr 2025 - 2028:
Zeile 13: -10.000 €~~
10. Maßnahme: Einsparung von Stellenanteilen Haushaltsjahr 2025 - 2028:
Zeile 11: -151.350 € - 51.350 € (100.000 Euro bleiben für eine Vollzeitstelle im Bereich Jugendförderung.)

Abstimmungsergebnis Maßnahmen 1-8:

Mehrheitlich beschlossen bei 2 Nein-Stimmen der Fraktionen FDP und AfD.

Abstimmungsergebnis Maßnahmen 9 Elterntaxi:

Mehrheitlich abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abstimmungsergebnis Maßnahmen 10 Stelleneinsparung von 51.350 Euro:

Mehrheitlich beschlossen bei 2 Nein-Stimmen der Fraktionen FDP und AfD.

10.6 Antrag Nr. 2025_12 - Bündnis 90_Die Grünen - Übergangsbegleitung Kita - Grundschule

WP 20-25 SV
40/045

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grüne erläuterte den Antrag ihrer Fraktion.

Frau Gierke/Schulleitung bestätigte den Bedarf der Übergangsbegleitung im Namen aller Hildener Grundschulen. Die Begleitungen in den Schulen haben sich in den letzten Jahren bewährt. Ebenso sei es eine Vorbereitung in Form der Förderung und der sozialen emotionalen Kompetenzen, als auch im Hinblick auf die Fähigkeiten, die für einen guten Schulstart benötigt werden. Dies betreffe vor allem Kinder, die keinen festen Kitaplatz hatten oder spät in die Kita aufgenommen wurden. Durch das Aufzeigen der Möglichkeiten z.B. Arztbesuche oder Therapien gebe eine Präventionsmöglichkeit, einen guten Schulstart zu ermöglichen und die Übergangsbegleitung Defizite in Grenzen zu halten.

Rm Schimag/CDU teilte mit, dass die Kosten der Präventionsmaßnahme in keinem Verhältnis zur

Nachfrage stehen, weshalb seine Fraktion die Einsparmaßnahmen der Verwaltung befürworte. Die Begleitung werde bereits von den Kitaleitungen übernommen, so dass ein externes Unternehmen diese Aufgabe nicht noch zusätzlich übernehmen müsse.

Antragstext:

Die Übergangsbegleitung Kita – Grundschule durch eine Fachkraft der Diakonie findet weiterhin statt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 5 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Träger Paritätischer Wohlfahrtsverband, SKFM und SPE Mühle.

11 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

1. Beigeordneter Eichner teilte mit, dass die Besetzung des Jugendhilfeausschusses durch die Auflösung der Freizeitgemeinschaft nun durch das Bürgermeisterbüro geklärt werde. Demnach fehle nun ein stimmberechtigtes Mitglied im Ausschuss.

Des Weiteren verabschiedete er Frau Ockenfeld, die zum Ende des Jahres ihre Aufgabe als Schriftführung aufgrund einer neuen Tätigkeit niederlegen werde.

Frau Pattio/Verwaltung sagte, dass die Verwaltung einen neuen Kinder- und Jugendförderplan für die Jahre 2026 bis 2030 aufstellen müsse. Es wurden bereits die Qualitätsdialoge mit den Trägern geführt sowie eine Zeit und Projektplanung aufgestellt.

12 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 18:49 Uhr

Carsten Wannhof / Datum 08.01.25
Vorsitzender

Sonja Ockenfeld / Datum 25.11.24
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum 10.12.24
Bürgermeister

Sönke Eichner / Datum 06.12.24
Beigeordneter